

## **Kroatien – Musterland auf dem Westbalkan?**

**Resümee**  
der Veranstaltung vom

**Mittwoch, 24. Oktober 2007**  
Wien

verfasst von  
GERHARD MARCHL

herausgegeben von  
BRIGITTE MARCHER

Die im Februar 2006 nach längeren Warten begonnenen Beitrittsverhandlungen der EU mit Kroatien sind auf gutem Wege. (Ursprünglich war der Verhandlungsbeginn für Anfang März 2005 vorgesehen gewesen. Die zeitliche Verschiebung geschah im Zusammenhang mit der bis Anfang Dezember 2005 nicht erfolgten Auslieferung des Generals Ante Gotovina an das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag.) Derzeit offen sind Justizreform, Bekämpfung der Korruption, Reintegration geflüchteter MitbürgerInnen sowie Minderheitenrechte. Im Wirtschaftsbereich gilt es u.a., die Restrukturierung des Schiffbau- und Stahlsektors zu meistern. Entschlossene Reformen mit überzeugenden Resultaten vorausgesetzt könnten Kroatien jedenfalls noch in dieser Dekade den Weg in die EU ebnen. Dies würde insbesondere die Nachbarstaaten motivieren, ihre Reformbemühungen zu verstärken.

Die Tagung fand in Kooperation mit dem IDM, der Politischen Akademie und dem Österreichischen Institut für Internationale Politik und mit Unterstützung der ERSTE Bank im Vorfeld der Parlamentswahlen Kroatiens (25. November 2007) statt.

Übrigens: Wie eine aktuelle Studie der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft ausweist, begrüßt rund die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher (48 %) die Mitgliedschaft Kroatiens in der Europäischen Union. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), die im Juli/August 2007 von der SWS (FB 375, Juli/August 2007, N=1002) durchgeführt wurde. Lediglich 20 % der Österreicher lehnen die Aufnahme Kroatiens in die Europäische Union dezidiert ab. Ein Viertel der Befragten begegnet der Frage einer EU-Mitgliedschaft Kroatiens mit Indifferenz. Die Ablehnung der EU-Mitgliedschaft Kroatiens ist gegenüber einer Vergleichsumfrage vom September 2005 um 6 Prozentpunkte zurückgegangen. (Quelle: ÖGfE)

INHALT:  
Resümee  
Programm der Veranstaltung

**RÜCKMELDUNGEN/ NÄHERE INFORMATION:**  
Dr. Brigitte Marcher, Renner-Institut, Bereich Europa (EU)  
T 01-804 65 01 DW 24; F 01-804 08 74;  
[marcher@renner-institut.at](mailto:marcher@renner-institut.at)

# Kroatien – Musterland auf dem Balkan?

## Die EU-Beitrittsgespräche Kroatiens

KLAUS BERGSMANN (Erste Bank) wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, dass die Erste Bank in Kroatien zu den erfolgreichsten und innovativsten Töchtern der Firmengruppe gehöre. Er zeigte sich zudem überzeugt, dass sich Kroatien auf geradem Weg zur EU-Mitgliedschaft befinde. Der Wiener Stadtrat NORBERT WALTER (ÖVP) verwies auf die traditionell engen Beziehungen zwischen Kroatien und Österreich und bezeichnete die gegenständliche Tagung diesbezüglich als einen weiteren Baustein. Der kroatische Botschafter in Österreich, ZORAN JASIC, stellte die Konferenz in den Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen, die sich mit dem Weg seines Landes in die EU befassen.

HANS WINKLER (Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten) bemerkte einleitend, dass die Tagung zum richtigen Zeitpunkt komme, da die Europäische Union mit der Einigung auf den Reformvertrag auf dem Gipfel am 18./19. Oktober in Lissabon wieder fit für weitere Erweiterungsschritte sei. Andererseits sei das Umfeld schwieriger geworden, da die Bevölkerung in allen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere in Österreich, der Aufnahme weiterer Länder skeptisch gegenüberstehe. Da vielen Europäern die vergangenen Erweiterungsrounden zu schnell gegangen seien, sei die Vorgangsweise geändert worden. Winkler verwies in diesem Zusammenhang auf die politischen, marktwirtschaftlichen und menschenrechtlichen Kriterien und Benchmarks, die von den Beitrittskandidaten zu erfüllen sind, und meinte, dass es "keine Short-Cuts" gebe. Der Staatssekretär betonte zudem die traditionell engen und guten Beziehungen zwischen Österreich und Kroatien: Wien habe sich maßgeblich für den Verhandlungsstart eingesetzt, und der Westbalkan sei eine der Prioritäten des österreichischen EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr 2006 gewesen. Kroatien habe es Österreich aber auch leicht gemacht, lobte Winkler und strich die bemerkenswerten Fortschritte bei der Reformarbeit hervor. Daher bestehe kein Zweifel, dass Kroatien ein Musterland am Westbalkan sei und das nächste EU-Mitglied sein werde. Bilaterale Fragen, so Winkler weiter, hätten keinen Platz in den Beitrittsverhandlungen, sondern müssten bilateral gelöst werden. Er erwähnte hier das Abkommen über Entschädigungen für Enteignungen nach dem 2. Weltkrieg und äußerte die Hoffnung auf einen Abschluss nach den kroatischen Parlamentswahlen Ende November. Abschließend zeigte sich der Staatssekretär zuversichtlich, dass die Beitrittsgespräche rasch zu einem guten Ende geführt werden könnten.

VLADIMIR DROBNJAK (Chefunterhändler Kroatiens bei den Beitrittsverhandlungen) verwies zu Beginn seiner Keynote-Speech auf die guten Nachrichten für und aus Kroatien: die gut laufenden EU-Verhandlungen, die Wahl zum nichtständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrates in der Periode 2008/2009 sowie die für April 2008 erwartete Einladung zum NATO-Beitritt. Zugleich wertete er den Titel der Tagung als Anerkennung für die gewaltige Entwicklung seines Landes von einem kriegführenden Staat zu einem stabilen EU-Beitrittskandidaten und UN-Sicherheitsrats-Mitglied.

Hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen mit der EU stellte Drobnjak fest, dass 14 von 35 Verhandlungskapitel bereits geöffnet und 2 davon abgeschlossen seien; bis Jahresende 2007 rechne er mit der Öffnung von insgesamt 19 Kapiteln. Damit zeigte er sich durchaus zufrieden, da die Verhandlungen in einem schwierigen Umfeld (EU-interne Debatte über Institutionen und Grenzen) stattfinden würden und technisch kompliziert seien. Die Erfüllung der etwa 100 Benchmarks nehme viel Zeit in Anspruch, doch seien diese aufgrund ihrer Klarheit auch nützliche Richtlinien. Kroatien hoffe, die noch offenen Benchmarks in naher Zukunft erfüllen zu können. Drobnjak betonte zudem, dass die Verhandlungen einen enormen Verwaltungs- und Personalaufwand mit sich bringen würden. Hilfreich hingegen sei der Konsens unter den kroatischen Parteien über den Beitritt zur EU, sodass die Wahlen Ende November die weiteren Verhandlungen keinesfalls beeinträchtigen würden. Doch nicht

nur die Politik, sondern mittlerweile wieder 63% der Bevölkerung würden sich derzeit für den Beitritt zur EU aussprechen. Ebenso förderlich für das Verhandlungsklima sei die Unterstützung von Mitgliedstaaten, nicht zuletzt von Österreich, für Kroatiens EU-Beitritt. Bezüglich des weiteren Zeitrahmens meinte Drobnyak, dass sein Land 2009 bereit für die Aufnahme sein wolle.

Der kroatische Verhandlungsleiter machte in weiterer Folge auf die bereits jetzt positiven Auswirkungen des Beitrittsprozesses aufmerksam: Die ausländischen Direktinvestitionen hätten 2006 2,7 Mrd. Euro betragen; und auch das Wirtschaftswachstum (2006: 4,8%; 1. Quartal 2007: 7%), die Arbeitslosenrate (2006: 11,2%) und die Inflation (3,2%) würden sich sehr positiv entwickeln.

Günstige Auswirkungen werde Kroatiens Aufnahme in die EU auch auf den gesamten Westbalkan haben, so Drobnyak. Sein Land erfülle damit die Aufgabe eines "Eisbrechers", der den anderen Staaten der Region den Weg nach Europa erleichtere. Doch auch Kroatien werde vom EU-Beitritt in wirtschaftlicher, sozialer, demokratiepolitischer und sicherheitspolitischer Hinsicht enorm profitieren. Besonders wesentlich sei es zudem, dass die EU-Mitgliedschaft die Teilhabe an Entscheidungsprozessen ermöglichen werde.

## **Kroatien auf EU-Kurs – Mögliche Stolpersteine auf dem Weg nach Brüssel**

HANNES SWOBODA (stv. Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament und Berichterstatter über die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien) skizzierte folgenden für Kroatien durchaus engen Zeitplan: Bis Ende 2008 sollten die Verhandlungen abgeschlossen sein, damit das Europäische Parlament noch vor seiner Neuwahl seine Zustimmung geben könne. Dies lasse Zagreb nur mehr wenig Zeit, da noch etliche Probleme im Justizsektor, im Wirtschaftsbereich (Schiffahrtsindustrie) und in Bezug auf die Flüchtlingsrückkehr zu lösen seien. Zugleich lobte der EU-Parlamentarier die Arbeit der Regierung Sanader sowie den Grundkonsens unter den kroatischen Parteien über den EU-Beitritt und äußerte die Hoffnung auf eine rasche Regierungsbildung. Als weitere Stolpersteine nannte Swoboda die offenen Grenzfragen mit Italien und vor allem Slowenien: Wenngleich sich Zagreb und Ljubljana auf Vermittlung durch einen Dritten geeinigt hätten, gebe es nach wie vor Differenzen über die Durchführung der Vermittlung; diese Auffassungsunterschiede gelte es nun zu überwinden.

Die Moderatorin dieses Panels, Margaretha KOPEINIG (Kurier), verwies auf eine jüngste Umfrage, wonach bereits rund die Hälfte der österreichischen Bevölkerung für die Mitgliedschaft Kroatiens bei der EU eintreten würde. FRANZ FISCHLER (ehemaliger EU-Kommissar; Berater des Ministerpräsidenten von Kroatien in den EU-Beitrittsverhandlungen) bewertete dies positiv, umso mehr als die ÖsterreicherInnen den Beitritt des eigenen Landes im Zuge der Verhandlungen kritischer gesehen hätten.

Hinsichtlich der Beitrittsgespräche Kroatiens hob FISCHLER die Bedeutung der Benchmarks hervor, die den Verhandlungen einen völlig neuen Charakter verleihen würden. Sowohl für die Eröffnung als auch den Abschluss jedes Kapitels seien Benchmarks fixiert worden, deren Erfüllung sehr fordernd und zeitraubend sein könne.

Als Stolpersteine Kroatiens, die noch zu überwinden seien, machte der ehemalige EU-Kommissar Probleme in der Schiffahrtsindustrie, strukturelle Fragen (u.a. die hohe Staatsquote), Schwächen im Justizwesen und in der Korruptionsbekämpfung sowie die offenen Grenzfragen mit Slowenien und Italien aus.

THOMAS HAGLEITNER (Mitarbeiter der Europäischen Kommission, Generaldirektion Erweiterung, Unit B1 Croatia) bescheinigte Kroatien, für den Beitritt hoch motiviert zu sein und bereits beträchtliche Fortschritte gemacht zu haben. Obgleich er auf den genauen Inhalt des am 6. November 2007 erscheinenden Fortschrittsberichts der EK nicht eingehen konnte,

umriss er jene Schwierigkeiten, die Kroatien auf seinem Weg in die EU noch zu überwinden habe: Zum einen mahnte er – nicht zuletzt im Interesse der kroatischen Bevölkerung – Reformen in den Bereichen Justiz, Verwaltung und Korruption ein, da eine Anwendung des Acquis communautaire gewährleistet sein müsse.

Zweitens gelte es nun, die wirklich wichtigen Kapitel wie Freier Warenverkehr, Landwirtschaft und Wettbewerb rasch zu eröffnen. In diesem Zusammenhang stellte Hagleitner eine Verschärfung der Beitrittsbedingungen wegen der Benchmarks in Abrede, zumal es diese bereits zuvor in anderer Form gegeben habe und sie für mehr Transparenz sorgen würden. Allerdings räumte er ein, dass der Acquis durch die Erweiterungen auf 27 Mitglieder größer geworden sei.

An dritter Stelle nannte Hagleitner diverse offene politische Fragen wie die Minderheitenrechte, die Flüchtlingsrückkehr sowie bilaterale Probleme, die auf bilateraler Ebene auszuräumen seien. Im Verhandlungsrahmen sei jedoch festgelegt worden, dass eine Klärung vor dem Beitritt nötig sei, da keine bilateralen Probleme importiert werden sollen. Der EU-Beamte schilderte hier die Verwunderung in Brüssel, dass Kroatien entgegen einer politischen Übereinkunft eine Fischereizone gegenüber Italien und Slowenien festgelegt hatte.

Die Sicht des Außenministeriums in Wien auf die Beitrittsgespräche Kroatiens skizzierte Gesandter JOHANNES EIGNER, der zunächst der Wahl Kroatiens in den UN-Sicherheitsrat Respekt zollte. Österreich könne keine Stolpersteine ausmachen, vielmehr sei es an einem möglichst raschen Beitritt Kroatiens interessiert, da es zu den Nachbarländern gehöre und zudem als Zugpferd für die übrigen Länder auf dem Westbalkan fungiere. Den von Swoboda genannten Zeithorizont mit Verhandlungsabschluss Ende 2008 bezeichnete Eigner als ambitioniert.

Der ehemalige österreichische Verteidigungsminister WERNER FASSLABEND (Präsident des OEIES und der Politischen Akademie) bezeichnete Kroatien als Sicherheitsanker auch in der Zukunft und betonte seine strategische Bedeutung am Schnittpunkt dreier Regionen: Mitteleuropa, Mittelmeer und Balkan. Der EU-Beitritt werde eine Ausbreitung der Stabilitätszone mitbringen und positive Auswirkungen auf den gesamten Westbalkan haben.

Kroatiens Chefunterhändler DROBNJAK unterstrich die enormen Fortschritte seines Landes seit dem Beginn der 1990er Jahre. Von einem kriegführenden Land sei es zu einem Stabilitätsfaktor geworden, der 2008 im UN-Sicherheitsrat vertreten und fit für die Beitritte zur NATO und zur EU sein werde. Trotz anhaltender Probleme müssten, so Drobnjak, diese Erfolge anerkannt werden, zumal sein Land wegen seiner geostrategischen Lage einen Mehrwert für die EU habe.

In den weiteren Diskussionsbeiträgen standen die Rolle der Benchmarks, der Konflikt um die Fischereizone, die offenen Fragen bei der Grenzziehung zwischen Kroatien und Slowenien, die Probleme beim Grunderwerb für Ausländer, das Entschädigungsabkommen Österreich-Kroatien sowie die Prioritäten Kroatiens: NATO oder EU, im Zentrum.

Hinsichtlich der **Benchmarks** widersprach FISCHLER zum Teil den Ausführungen Hagleitners: In der Vergangenheit habe es formal keine Benchmarks gegeben, die nunmehr den EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben würden, die Verhandlungen zu verzögern. Dem hielt HAGLEITNER entgegen, dass die Benchmarks vernünftig gesetzt worden seien und aufgrund ihrer Klarheit für Zeitersparnis sorgen würden.

Den Konflikt um die **Fischereischutzzonen** bezeichnete FISCHLER als taktische Frage im Zusammenhang mit dem bevorstehenden EU-Vorsitz Sloweniens. Kroatien habe laut Seerecht ein Recht auf eine Fischereischutzzone. Die EU brauche an sich derartige Schutzzonen im Mittelmeer, könne sich jedoch nicht einigen.

HAGLEITNER entgegnete, dass sich Kroatien, Slowenien und Italien 2004 geeinigt hätten, keine Schutzzonen zu errichten. Zudem habe sich der EU-Rat im Juni 2004 ausdrücklich gegen derartige Maßnahmen ausgesprochen, sodass aufgrund der einseitigen

Vorgangsweise Zagrebs negative Auswirkungen auf die Verhandlungen zu befürchten seien. Hagleitner betonte in Replik auf Fischlers Aussagen weiters, dass das Schutzniveau für die Fische in der Adria und im Mittelmeer bereits angehoben worden sei.

Die offene Frage der **Grenzziehung zwischen Kroatien und Slowenien** bezeichnete FISCHLER als noch komplizierter als den Fischereikonflikt, da Ljubljana hier die Grenzen im Meer verschieben möchte.

Aus dem Publikum äußerte sich dazu Gesandte Tatjana KOVACIC von der slowenischen Botschaft in Wien: Es gebe keine festgelegte Meeresgrenze, sodass diese noch fixiert werden müsse. Slowenien, so Kovacic weiter, hoffe hier auf eine baldige Lösung, sei an einem raschen EU-Beitritt Kroatiens interessiert und werde kein Stolperstein sein.

DROBNJAK zeigte sich ebenfalls versöhnlich: Kroatien und Slowenien seien wirkliche Freunde und strategische Partner mit engen wirtschaftlichen Beziehungen. Zur Bereinigung des Konflikts wolle Kroatien den Internationalen Gerichtshof anrufen. Drobnjak schlug vor, dass sich die beiden nationalen Parlamente zum Respekt für die Entscheidung der Schiedsstelle verpflichten sollten.

Eine weitere Wortmeldung aus dem Publikum setzte sich kritisch mit den kroatischen Regelungen beim **Grunderwerb durch Ausländer** auseinander, zumal sich die Behörden in ihren Entscheidungen auf österreichische Rechtsquellen berufen würden.

DROBNJAK entgegnete, dass sein Land hier dem Grundsatz der Reziprozität folge und bemüht sei, den Rückstau bei der Bearbeitung von Anträgen abzuarbeiten.

FISCHLER sah zwar Verbesserungsbedarf bei der kroatischen Verwaltung, warb allerdings auch für Verständnis, da sich Kroatien so wie Österreich mit zahlreichen Wünschen nach Zweithäusern konfrontiert sehe.

Hinsichtlich des **Entschädigungsabkommens** für Enteignungen nach dem 2. Weltkrieg meinten der kroatische Botschafter JASIC und der Leiter der Sektion für integrations- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten im BMeiA, RUDOLF LENNKH unisono, dass die Gespräche fortgesetzt würden. Lennkh, der im Publikum saß, ging zudem davon aus, dass das Abkommen vom im November neu gewählten Parlament behandelt und verabschiedet werde.

EIGNER wies darauf hin, dass es sich um eine bilaterale Frage handle, die nicht Thema der Beitrittsverhandlungen sein solle.

Zur Frage der **Prioritäten Kroatiens: NATO oder EU** meinte DROBNJAK, dass sein Land alle Entscheidungen im Rahmen der GASP mittrage. Zugleich seien die Beziehungen zu den USA von enormer Bedeutung. Beide Mitgliedschaften würden angestrebt.

FASSLABEND bezeichnete ebenfalls beide Mitgliedschaften als wünschenswert und bekräftigte die Vorteile eines kroatischen EU-Beitritts für das Land selbst, für die gesamte Region, Österreich sowie ganz Europa.

## **Kroatien am Vorabend der Wahlen: Was ist aus politischer Sicht zu erwarten?**

Christian WEHRSCHÜTZ (ORF), der dieses Panel moderierte, stellte anfangs einen Artikel von Jelena Lovrić in der kroatischen Zeitschrift *Globus* vom 16. Oktober 2007 zur Diskussion. Demnach sei es de facto gleichgültig, ob die HDZ oder die Sozialdemokraten die Parlamentswahlen am 25. November 2007 gewinnen würden, da beide eine würdige Regierung stellen würden. Drei Szenarien erschienen laut Lovrić möglich: ein Sieg der HDZ, ein Sieg der SDP oder ein Gleichstand, der zu einer Koalition zwischen den beiden führen könnte. Wehrschütz fügte die Frage hinzu, ob es sich tatsächlich um normale Wahlen handle.

CHRISTIAN SCHMITZ (Leiter des Auslandsbüros Kroatien der Konrad Adenauer-Stiftung) erachtete die im zitierten Artikel skizzierten Szenarien für richtig und stellte fest, dass die Normalität schon früher in Kroatien Einzug gehalten habe.

Schmitz verglich das Kroatien von heute mit jenem vor vier Jahren: 2003 sei das Image des Landes wegen der Kriegereignisse, wegen der Tudjman-Zeit und der zerstrittenen Regierung zumindest in Deutschland schlecht gewesen; nunmehr sei das Bild vielfach positiv, wobei Schmitz auf die Wahl in den UN-Sicherheitsrat, die Beitrittsgespräche mit EU und NATO sowie auf Touristenstrom verwies. Allerdings könne man trotz zweier demokratischer Regierungswechsel noch nicht von einer Demokratie sprechen.

Für HENRIETTE RIEGLER (OIIP, Wien u. Institut für internationale Beziehungen, Zagreb) sind die kommenden Wahlen von großer Bedeutung, da es darum gehe, wer Kroatien in die EU führen werde. Riegler sieht für die Zeit nach den Wahlen zwei mögliche Szenarien: Einerseits könnte es, für den Fall dass der EU-Beitritt als nationales Anliegen erkannt werde, zu einer Konzentrationsregierung kommen. Andererseits könnte der knappe Sieg einer der beiden Großparteien dafür sorgen, dass der NATO-Beitritt zu einem Streitobjekt und der EU-Beitritt wegen seiner Auswirkungen auf die Landwirtschaft zum Beispiel nicht mehr unumstritten bleiben wird.

Aus der Sicht von HANNES GRANDITS (Universität Graz) ist die Sorge nicht mehr so groß, welche Partei bei den kommenden Wahlen den Sieg davon trage. Vielmehr stehe Kroatien vor der Herausforderung, strukturelle Probleme, die sich in der Transformationszeit oder bereits zuvor entwickelt haben, zu überwinden. Grandits nannte hier zum einen die immensen regionalen Disparitäten zwischen den Ballungszentren wie Zagreb und abseits gelegener Regionen wie Knin, zweitens die großen Stadt-Land-Unterschiede und drittens die chronische Unterbeschäftigung, die auch auf die hohe Anzahl von Pensionisten zurückzuführen sei. Die Regierungen hätten in den letzten Jahren Reformschritte gesetzt und die Ausgaben für die Pensionen gekürzt, was zu weit verbreiteter Armut unter den Senioren geführt habe.

NENAD ZAKOŠEK (Professor an der Universität Zagreb und wissenschaftlicher Berater der Friedrich Ebert Stiftung, Zagreb) ging in seiner Analyse zunächst auf einige Schwächen im demokratischen System Kroatiens ein, wobei er die Korruption, die mangelnde Umsetzung von Gesetzen sowie das kränkelnde Justizwesen nannte.

In Bezug auf Szenarien nach der Wahl verneinte Zakošek die Möglichkeit der Bildung einer Großen Koalition und begründete dies wie folgt: In seinem Land sei das Parteiensystem im Vergleich zu anderen Transformationsländern äußerst stabil, was auf die gesellschaftlichen Konflikte zurückzuführen sei, die noch aus der Zeit des 2. Weltkriegs stammten. Dem säkularen linken Block (im Weltkrieg Partisanen, in der kommunistischen Zeit an der Macht) stehe ein national-konservativer und katholisch geprägter Block gegenüber. Während jedoch in den 1990er Jahren die Spaltungslinien stark betont worden seien, seien in den letzten Jahren die ideologisch-kulturellen Konflikte in den Hintergrund getreten. Zudem habe sich die HDZ unter Sanader gewandelt und einen pro-europäischen Kurs eingenommen, sodass beide Großparteien (HDZ und SDP) gleichermaßen europafreundlich seien. Die Den Haager Urteile im Vukovar-Prozess (zwei wenig harte Schuldsprüche, ein Freispruch für die serbischen Angeklagten) hätten nur kurz zu einer Emotionalisierung geführt. Trotz dieser Entwicklung in den letzten Jahren würden, so Zakošek, auch die zweiten "normalen Wahlen" wegen der nach wie vor enormen Unterschiede nicht zu einer Großen Koalition führen.

Die Diskussionsrunde drehte sich in der Folge um die Wahrscheinlichkeit einer Großen Koalition, um die Normalität der kommenden und der beiden vergangenen Wahlen, um die Sinnhaftigkeit eines Machtwechsels, um die Beziehungen Kroatiens zu den anderen südeuropäischen Staaten sowie um weitere Probleme des politischen Systems.

Die **Bildung einer Großen Koalition** nach den Wahlen wurde von den TeilnehmerInnen für unwahrscheinlich gehalten, allerdings aus unterschiedlichen Gründen: SCHMITZ legte dar, dass eine Große Koalition nicht im Interesse der HDZ sei. Jüngste Umfragewerte von RTL (HDZ 31,9%, SDP 30,1%, Rentnerpartei HSU 7,6%) würden nahelegen, dass die derzeitige Regierungspartei, selbst wenn sie nur an zweiter Stelle landen würde, weit bessere Karten habe, die Regierung zu stellen, da ihr mehrere Koalitionspartner zur Verfügung stehen würden.

Aus der Sicht von RIEGLER würden der NATO- und der EU-Beitritt als große nationale Anliegen zwar die Bildung einer Großen Koalition rechtfertigen, doch würden die Parteien den Europa-Erfolg für sich verbuchen wollen. Der Wahlkampf drehe sich auch um die Außenpolitik und darum, wer der größere Europäer sei. Dementsprechend habe die HDZ die Wahl in den UN-Sicherheitsrat ausgeschlachtet, und die Opposition habe das Vukovar-Urteil instrumentalisiert.

ZAKOŠEK verwies ergänzend auf die gegensätzlichen wirtschaftspolitischen Auffassungen der Großparteien. Die SDP trete für staatliche Eingriffe ein, die HDZ habe liberale Konzepte. Interessanterweise seien aber die Wähler beider Parteien mehrheitlich für weiter gehende Interventionen des Staates.

Weniger Einigkeit herrschte in der **Frage**, seit wann und ob man in Bezug auf Kroatien von **normalen Wahlen** sprechen könne. SCHMITZ meinte, dass der Wahlausgang aus der Sicht der EU keine Rolle spiele, zumal es sich um die dritte unproblematische Wahl handle.

WEHRSCHÜTZ hinterfragte daraufhin die Normalität der Wahlen 2000 und 2003, indem er auf den versuchten Wahlschwindel im Jahr 2000, auf die unvollkommenen Wählerlisten sowie auf das Problem des Wahlrechts für die Kroaten in Bosnien-Herzegowina hinwies.

GRANDITS machte dazu ergänzend darauf aufmerksam, dass 300.000 Kroaten in Bosnien-Herzegowina mitwählen würden.

SCHMITZ räumte zwar die Existenz dieses Problems ein, zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass die HDZ dafür eine Lösung finden werde.

ZAKOŠEK machte ebenfalls klar, dass es nach wie vor rechtliche und prozedurale Probleme bei den Wahlen gebe. Auch die SDP unter Milanović habe das Problem erkannt, dass die bosnischen Kroaten zwar mitwählen können, aber die Gesetze nicht halten müssen. Die ideologische Richtungswahl im Jahr 2000 sei tatsächlich nicht "normal" gewesen.

Zur **Sinnhaftigkeit eines Machtwechsels** meinte SCHMITZ, dass dieser zu einer Verzögerung von einem Jahr führen könnte und die SDP mehr staatliche Interventionen befürworte. Was Kroatien brauche, so Schmitz, sei Kontinuität.

ZAKOŠEK plädierte im Gegenzug für einen Regierungswechsel zu den Sozialdemokraten, da sie den Reformanstrengungen und dem Kampf gegen die Korruption wieder neuen Schwung verleihen würden.

Auf eine Frage aus dem Publikum hin betonte SCHMITZ, dass Kroatien gute und enge **Beziehungen zu den anderen Staaten des Westbalkans** unterhalte.

WEHRSCHÜTZ fügte hinzu, dass es in gewisser Hinsicht sogar weniger Probleme in den Beziehungen mit Serbien als mit Slowenien und Italien gebe.

RIEGLER äußerte hingegen Zweifel, ob sich Zagreb für den EU-Beitritt der anderen Staaten tatsächlich einsetzen werde.

Im Zuge der Diskussion wurden noch **weitere Phänomene und Probleme Kroatiens** zur Sprache gebracht. SCHMITZ nannte u.a. die mangelnde Gesetzestreue der Kroaten, die noch dazu von den Behörden kaum sanktioniert werde.

ZAKOŠEK bemängelte die Leistungsfähigkeit des Staates und machte auf das geringe Vertrauen der Kroaten in die Parteien und die staatlichen Institutionen aufmerksam.

GRANDITS ergänzte hier, dass die Erwartungen jedoch hoch seien.

## Kroatien – wirtschaftlicher Tiger auf dem Westbalkan?

SINIŠA KUŠIĆ (Goethe-Universität Frankfurt/Main) gab einen Überblick über die Entwicklung der kroatischen Wirtschaft in den vergangenen 15-20 Jahren. Einleitend bemerkte er, dass Kroatien neben Slowenien innerhalb Jugoslawiens zu den wirtschaftlich stärksten Regionen gezählt habe. Dank eines dezentralen Wirtschaftssystems, ersten Schritten hin zur Marktwirtschaft und offener Grenzen sei zu erwarten gewesen, dass sich die Transformationsprozesse einfacher gestalten würden als in Osteuropa.

Im Zuge des Krieges, so Kušić, seien jedoch Industrieproduktion und Konsum massiv zurückgegangen, während die Infrastruktur beträchtliche Schäden erlitten habe. Das BIP Kroatiens sei daher im Zeitraum 1990-1992 um 48% zurückgegangen, während Slowenien nur einen Rückfall um 14,7% verkraften habe müssen.

Seit dem Jahr 2000 befinde sich das Land jedoch dank des Reformkurses der Regierungen Račan und Sanader, des Ausbaus der Infrastruktur und der besser angelegten Privatisierungen in einem beschleunigten Transformations- und Aufholprozess. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sei die Wirtschaft um 7% gewachsen, die Inflation sei nach wie vor gering, und die Arbeitslosigkeit sei immerhin zurückgegangen, auch wenn sie auf hohem Niveau bleibe.

Besonders problematisch sei jedoch die hohe Auslandsverschuldung, die auf die enormen Außenhandelsdefizite und damit auf die geringe Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen sei. Kroatien habe hier noch nicht die nötigen Reformen durchgeführt. Da eine Niedrigkostenstrategie in der Produktion aufgrund des hohen Lohn- und Preisniveaus nicht in Frage komme, müsse das Land die Rahmenbedingungen für vermehrte Direktinvestitionen aus dem Ausland schaffen, die auch einen nennenswerten Technologietransfer mit sich bringen. Zudem müsse es in die Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung investieren, so wie es auch ein Strategiepapier für den Zeitraum 2007-2013 vorsehe. Ebenso wichtige Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas seien bereits in Umsetzung begriffen. Die EU-Beitrittsverhandlungen, so Kušić abschließend, hätten bereits für ein stabiles Umfeld für das weitere Wachstum der kroatischen Wirtschaft gesorgt.

MARIE-HÉLÈNE MAGENSCHAB (CEO VIPnet, Kroatien) stellte zunächst ihr Unternehmen vor: VIPnet, ein Teil der Mobilkom-Austria-Gruppe, stehe für die größte Greenfield-Investition in Kroatien, wobei die Dynamik zu einem guten Teil auch auf die Liberalisierung der Telekom-Branche zurückzuführen sei.

In der Folge befasste sich Magenschab mit den Problembereichen der kroatischen Wirtschaft, allem voran mit dem Humankapital: Hier bemängelte sie die geringe Akademikerquote, die schwierige Suche nach geeignetem Fachpersonal sowie die hohe Steuerbelastung für Spitzenverdiener. Zweitens beanstandete sie die fehlende Rechtssicherheit: Obwohl die nötigen Gesetze beschlossen seien, könnten bestehende Rechte aufgrund der Überforderung der Gerichte kaum durchgesetzt werden. Drittens sind aus der Sicht Magenschabs die Unternehmenssteuern und die steuerliche Belastung für Spitzenkräfte zu hoch. Und viertens sei, trotz enormer Investitionen in das Autobahnnetz, auch die Infrastruktur zu verbessern, womit Magenschab insbesondere das Festnetz und die Breitband-Penetration meinte.

Magenschab stellte abschließend fest, dass Kroatien über enormes Potenzial verfüge; die „Explosion“ komme sicher noch und habe bereits begonnen.

Auf eine Frage aus dem Publikum hin erläuterte sie, dass das Land ein guter Standort sei, auf den noch harte Arbeit warte.

Aus der Sicht WILHELM-PETER HASSLACHERS (AWO-Handelsdelegierter in Kroatien) muss sich Kroatien nicht mit Serbien oder Bosnien-Herzegowina messen, sondern mit der Slowakei, Slowenien und Ungarn. Während, so Hasslacher weiter, Kroatien in den Jahren 2001-2005 tatsächlich ein Tiger gewesen sei, habe sich das Wachstum 2006 auf "nur" 5% eingependelt.

Als Hemmnisse für die kroatische Wirtschaft führte Hasslacher auf der Grundlage eigener Beobachtungen den schleppenden Wechsel der Eliten, die unzulängliche Aufarbeitung von Schwächen (z.B. fehlende Grundbücher) und den Mangel an echten Auslandsinvestitionen an. Eine Umfrage, die heuer unter den in Kroatien tätigen österreichischen Unternehmen durchgeführt wurde, zeige zudem eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit so wichtigen Standortfaktoren wie dem Justizwesen, der Bekämpfung der Korruption, der Gesetzgebung und der öffentlichen Verwaltung auf. Zumindest einigermaßen zufrieden seien die Unternehmen mit dem Engagement und der Qualifikation der Mitarbeiter sowie mit der geografischen Lage des Landes.

HERMINE VIDOVIC (Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche) analysierte die Entwicklung der Wirtschaft Kroatiens in den letzten Jahren im Vergleich zu den Transformationsstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Demnach sei die kroatische Wirtschaft seit 2000 durchschnittlich, im gesamten Zeitraum seit 1990 in einem enttäuschenden Ausmaß gewachsen. Auch das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten sei im Jahre 2006 nur auf dem Niveau Polens und somit weit weg von Slowenien oder Tschechien gelegen.

Im Bereich der Außenwirtschaft übertreffe, so Vidovic, das Niveau der Warenexporte zwar jenes der anderen Staaten auf dem Westbalkan, doch auch hier liege Kroatien weit hinter Slowenien und Ungarn zurück. Bei den Dienstleistungsexporten pro Kopf nehme hingegen Kroatien die erste Stelle ein. Hinsichtlich der ausländischen Direktinvestitionen bestätigte Vidovic die Einschätzung Kušićs, wonach es zu wenig wirklich effektive Investments in die Industrie gebe.

Bei der Beschäftigungsquote habe Kroatien in den 1990er Jahren einen kräftigen Einbruch erlitten, von dem es sich nur langsam erhole. Mit derzeit 55% Beschäftigung sei das Land aber noch weit von der 66-Prozent-Marke der EU-15 entfernt. Die Arbeitslosenquote sei mit 11% im Jahre 2007 zwar wesentlich geringer als in Serbien, Albanien oder Montenegro, aber noch immer höher als in Tschechien, Slowenien und Ungarn.

Die Verschuldung des Landes sei mit über 80% des BIP überdurchschnittlich hoch, und dementsprechend habe der IWF vor einer Finanzkrise gewarnt. Nunmehr habe die Nationalbank die Kreditvergabe eingeschränkt. Aus der Sicht von Vidovic ist nun dank der Gegenmaßnahmen die Gefahr einer akuten Krise gebannt.

Vidovic kam zum Schluss, dass Kroatiens Wirtschaftsniveau mit jenem der neuen EU-Staaten vergleichbar sei. Der Beitrittsprozess beschleunige zudem die Anpassungsprozesse.

VLADIMIR PREVEDEN (Direktor von Roland Berger Strategy Consultants in Zagreb) befasste sich in seinem Beitrag mit dem noch offenen Rennen um die Positionierung in Südosteuropa. Jenes gehöre mit 28 Millionen Einwohnern zu den bedeutendsten Wirtschaftsregionen in Zentral- und Osteuropa, wachse jedoch in zu geringem Ausmaß und sei in sich heterogen. Unter den sieben Staaten sei Kroatien relativ reich und weise in absoluten Zahlen die größte Wirtschaftsleistung (noch vor Slowenien) auf.

Kroatien, so Preveden weiter, habe in dieser heterogenen Region alle Chancen, sich noch zu positionieren. Im Wettstreit mit den anderen Staaten habe das Land allerdings Aufholbedarf bei bedeutenden Faktoren wie "Ease of doing business" (mit Platz 97 weltweit vorletzter Platz in der Region) und dem Liberalisierungsgrad. Andererseits könne Kroatien u.a. mit seiner Infrastruktur, seiner Nähe zu Österreich und Deutschland sowie mit seiner geografischen Lage am Schnittpunkt zweier pan-europäischer Achsen punkten.

Hinsichtlich der Schwierigkeiten für Unternehmen in Kroatien führte Preveden die mangelnde Geschäftskultur, unsinnige Regelungen (z.B. hohe Steuerlast auf Einkommen), sippenhafte Netzwerkstrukturen, unzulängliche Management-Fähigkeiten, Mängel in der Reise-Infrastruktur sowie Ineffizienz des Beamtenapparats an. Dennoch hätten kroatische Manager das Potenzial des Landes in der Region erkannt und würden eine dynamischere Wirtschaftsentwicklung erwarten.

In Summe sei Kroatien, wie Preveden meinte, in der Region gewissermaßen ein Musterland, das noch viele Probleme zu überwinden habe. Dennoch, so könne er nur empfehlen, würden sich Investitionen auszahlen.

## Programm

10.30

Begrüßung und Präsentation des Länderheftes Kroatien

10.45

### **Keynote-Speeches**

Dr. Hans Winkler, Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich, BMeiA

Mag. Marija Pejčinović-Burić, Staatssekretärin für europäische Integration im Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Kroatien

11.30

### **Panel I**

Kroatien auf EU-Kurs – Mögliche Stolpersteine auf dem Weg nach Brüssel

Moderation: Dr. Margaretha Kopeinig, Kurier

MEP Dr. Hannes Swoboda, stv. Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament und Berichterstatter über die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien (Videobotschaft)

Mag. Thomas Hagleitner, GD Erweiterung der EK – Unit B1 Croatia

Vladimir Drobnyak, Chefunterhändler Kroatiens mit der EU (angefragt)

EU-Kommissar a.D. Dr. Franz Fischler, Berater des Ministerpräsidenten von Kroatien in den EU-Beitrittsverhandlungen

BM a.D. Dr. Werner Fasslabend, Präsident des OEIES und der Politischen Akademie  
Ges. Dr. Johannes Eigner, BMeiA

13.00 Mittagspause

14.00

### **Panel II**

Kroatien am Vorabend der Wahlen:

Was ist aus politischer Sicht zu erwarten?

Moderation: Mag. Christian Wehrschütz, ORF

Prof. Nenad Zakošek, Universität Zagreb, wissenschaftlicher Berater der FES, Zagreb

Dr. Henriette Riegler, OIIP, Wien u. Institut für internationale Beziehungen, Zagreb

Dr. Christian Schmitz, Leiter des Auslandsbüros Kroatien der Konrad Adenauer-Stiftung

Dr. Hannes Grandits, Universität Graz

15.30 Kaffeepause

16.00

### **Panel III**

Kroatien – wirtschaftlicher Tiger auf dem Westbalkan?

Moderation: DI Martin Kugler, Die Presse

Dr. Siniša Kušić, Goethe-Universität Frankfurt/Main

Mag. Marie-Hélène Magenschab, CEO VIPnet, Kroatien

Dr. Wilhelm-Peter Hasslacher, AWO-Handelsdelegierter in Kroatien

Mag. Hermine Vidovic, WIW

Dr. Vladimir Preveden, Direktor von Roland Berger Strategy Consultants in Zagreb

Ende: ca. 17.30